

Richard K. Betts:

The New Politics of Intelligence

Will Reform Work This Time?

Foreign Affairs, Jg. 83, Nr. 3 (Mai/Juni 2004), S. 2–8

Der Rücktritt des Direktors der CIA, George Tenet, der in Personalunion zumindest formal auch den anderen Nachrichtendiensten der USA als Direktor of Central Intelligence (DCI) vorstand, das offensichtliche Versagen im Umfeld der Ereignisse des 11. September 2001 und des Kriegs im Irak sowie die Tatsache, dass vertrauliche Dokumente der Intelligence Community an die Öffentlichkeit gelangten, weisen darauf hin, dass die US-amerikanische Intelligence Community in einer veritablen Krise ist. Dass diese Diskussion über die Dienste im Gegensatz zu früheren Episoden, bei denen im Übrigen die Frage nach „verdeckten Operationen“ oder die Verletzung der Rechte der Bürger im Mittelpunkt standen, während es heute die Frage nach der Effizienz der Dienste ist, nicht nur auch, sondern primär in der Öffentlichkeit geführt wird, eröffnet, folgt man dem Verfasser des vorliegenden Beitrages, sowohl Chancen als auch Gefahren: Chancen in dem Sinn, dass ein starker Druck nach Reformen besteht und hierüber auch ein großer Konsens herrscht, um ähnliche Fehlleistungen in der Zukunft zu vermeiden. Die Gefahren auf der anderen Seite sind darin zu sehen, dass eben dieser Druck dazu führen kann, „etwas“ zu tun ohne zu wissen was.

Betts sieht die Lösung der strukturellen Probleme der Dienste vor allem im Management derselben. Daher schlägt er vor, die Position des DCI, der zwar auf dem Papier, in Realität jedoch kaum eine starke Stellung hat, durch die Position eines Director of National Intelligence (DNI) abzulösen. Dessen Hauptaufgabe wäre, die gesamte Intelligence Community der USA zu managen; hierfür sollte er auch mit entsprechenden Befugnissen und Ressourcen ausgestattet sein. Der an sich gute Ansatz weist aber eine fundamentale Schwäche auf, denn die Position eines DCI würde bedeuten, dass die dominie-

rende Rolle des Pentagons im Nachrichtenwesen wesentlich geschwächt würde. Weiters würden die militärischen Dienste (zu diesen zählt unter anderem auch die National Security Agency – NSA) es auch niemals zulassen, dass sie in Abhängigkeit oder unter die Kontrolle von anderen Ministerien oder Behörden geraten. Als Lösung des Problems wird vom Verfasser daher (ohne dies jedoch weiter auszuführen) vorgeschlagen, die Kapazitäten und Ressourcen der Intelligence Community zwischen dem DNI und dem Pentagon aufzusplitten; wie weit dies jedoch praktikabel und vor allem durchsetzbar wäre, ist mehr als fraglich.

Auch sollte eine „besondere Beziehung“ zwischen dem DNI und dem Präsidenten hergestellt werden. Der DNI sollte auf der einen Seite das Vertrauen der Präsidenten genießen. Wie dies jedoch auf Grund des vorgebrachten Vorschlages der zeitlichen Limitierung der Bestellung des DCI und somit der Unabhängigkeit von den Legislaturperioden umzusetzen wäre, verrät uns Betts nicht. Auf der anderen Seite sollte der DCI Analysen nur nach streng objektiven Gesichtspunkten dem Präsidenten und seinem Beraterkreis liefern.

Das grundsätzliche Problem der politischen Ebene, also wie die politische Führung nachrichtendienstliche Erkenntnisse verwendet, diese „politisiert“ oder Druck auf die Nachrichtendienste ausübt, Informationen zu liefern, die gewollt sind, bleibt, auch wenn dies mehrfach im Aufsatz angesprochen wurde, ungelöst. So verspricht der Beitrag in der Überschrift mehr, als er dann leistet.

Thomas Pankratz